

Haushaltsrede 15.12.2010

Matthias Obenhaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Kämmerer,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

lassen Sie mich zunächst drei Anmerkungen vorausschicken:

- 1.) Im Nothaushaltsrecht befinden sich derzeit die Kommunen Augustdorf, Dörentrup, Kalletal, Schieder-Schwalenberg und Schlangen. Ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept (HSK) haben die Kommunen Bad Salzuflen, Extertal und Lage. Im Haushaltsjahr 2010 hat keine Kommune in Lippe einen originär ausgeglichenen Haushalt. Ein Kommentar des Kreises Lippe hierzu - und bitte hören Sie genau zu: "Es ist festzustellen, dass die Maßnahmen sich in allen Kommunen ähneln: Kürzung bzw. Aufgabe freiwilliger Aufwendungen, Personalreduzierung, Sachkostenreduzierung, Steuererhöhungen. Auffallend ist, dass diese Maßnahmen nur helfen, die entstehenden Fehlbeträge zu reduzieren. Die ausfallenden Erträge sind höher, als die Möglichkeiten, Einsparungen umzusetzen."
- 2.) In der vergangenen Woche verkündete der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Bernd Jürgen Schneider, dass es zwar optimistische Prognosen zur Entwicklung der Steuereinnahmen gäbe, dass diese aber bei weitem nicht ausreichen, die kommunalen Finanzen zu sanieren.
- 3.) Nach Ansicht der Bertelsmann-Stiftung erbringen Kommunen Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben für ihre Bürger. Dabei seien gerade freiwillige Aufgaben wie Kultur, Bildung, die Förderung von Bürgerengagement und Umweltschutz entscheidend und machten den Kern einer lebenswerten Kommune aus.

Ich werde später noch darauf zurückkommen.

Doch gehen wir zunächst einmal in eine kurze Analyse. Richtig ist, dass der Spargemeinschaft aus SPD und CDU von diesem auf's kommende Jahr einen Einschnitt in Höhe von rund 10 Millionen Euro vorgenommen hat. Ein haushalterischer „Erfolg“, der unserer Stadt und ihrer Bevölkerung jedoch mit harten Bandagen abgerungen wurde.

Damit ist die Koalition aber am „Ende der Fahnenstange“ angekommen. Das lässt sich äußerst einfach belegen, wenn man den Gesamtergebnisplan bis 2014 anschaut: Ab dem kommenden Jahr bis 2014 stehen Mehreinnahmen von Steuern und Abgaben in Höhe von **akkumuliert** rund 16 Millionen Euro einem Konsolidierungsergebnis in gleicher Höhe, nämlich ebenfalls 16 Millionen Euro, gegenüber. Der gesamte übrige Bereich bleibt nach 2011 beinahe konstant, Unwägbarkeiten nicht ausgeschlossen.

Uns wurde häufig unterstellt, keine Lösungen für die Haushaltskonsolidierung im HSK vorgelegt zu haben. An dieser Stelle wird klar, dass Sie nur mit einer einzigen Lösung aufwarten: Nach dem Verscherbeln des Tafelsilbers wollen Sie das HSK in den weiteren Jahren über ein Mehr an Steuern und Abgaben finanzieren. Sehr einfallsreich.

Sie stützen sich dabei zudem auf zwei Annahmen:

- 1.) auf massive Steigerungsraten beim Gewerbesteueraufkommen insgesamt von 10 bis 15 Prozent sowie
- 2.) auf einen steigenden Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, wobei Sie für die kommenden Jahre Steigerungsraten von 4 bis 7 Prozent in Anrechnung bringen.

Beides, die Erholung der Wirtschaft speziell in Bad Salzuflen mit dem darauf basierenden Gewerbesteueranstieg sowie auch die mittelfristigen Prognosen im Bereich der Einkommens- und Umsatzsteuer dürften wohl mindestens als "optimistisch" bezeichnet werden. Treten diese Faktoren so nicht oder nur in beschränktem Maße ein, führt das auf der Einnahmeseite, die - wie wir eben festgestellt haben - maßgeblich ist, zu erheblichen Verwerfungen. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal an die Einschätzungen des Kreises und des Städte- und Gemeindebundes zu Anfang meiner Ausführungen erinnern.

Aber übernehmen wir doch einmal die überaus optimistischen Überlegungen des Kämmerers, ja, nehmen wir an, dass weitere positive Konjunkturimpulse folgen würden. Lassen wir einmal die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit beiseite, nach denen Aufschwünge nicht mehr **konstant zyklisch**, sondern immer wieder von Konjunktur-Dellen unterbrochen werden. Auch dann kommt man zu den Erkenntnissen, dass mutige Voraussagen in dem Haushalt stecken. Etwa Verkaufserlöse wie die aus dem Kurgastzentrum, deren Abschluss ich wenigstens noch abgewartet hätte, bevor ich die Einnahmen verbucht hätte.

Aber eigentlich sind dies Marginalien. Was uns finanzpolitisch wirklich das "Genick brechen" wird, ist ein deutlicher Anstieg der Zinssätze. Die inzwischen quasi durch Nullzinspolitik heraufbeschworene Inflationsgefahr weltweit wird in Kürze, 2011/2012, durch Zinserhöhungen eine Dämpfung erfahren müssen. Mit minimalem Zeitverzug käme diese auch bei uns an. Der Kämmerer ist Fachmann genug, dies nicht übersehen zu haben. Die staatliche Kommunalbank KfW hat ihre Zinssätze in verschiedenen Programmen ab Mitte November 2010 bereits angehoben (Quelle: Mitteilungen Städte & Gemeindebund). Und in unseren Kassenkrediten tickt eine Zeitbombe...

Doch verlassen wir diesen Bereich zwischen "Hoffen und Bangen".

Im Mittelbau der Gesamtplanung stehen die „Ordentlichen Aufwendungen“, also die Leistungen der Kommune für die Bürgerschaft, quasi das, was man „Öffentliche Daseinsvorsorge“ nennen könnte. Hier sei noch einmal an die Aussagen der Bertelsmann-Stiftung erinnert.

Wenn wir eben erkannt haben, dass Teile der aufgelaufenen Defizite zwischen 2011 und 2014 in der Regel durch Steigerungen bei Steuern und Abgaben getilgt werden sollen, dann muss an der Ausgabenfront Ruhe herrschen, das heißt, da darf sich "unterm Strich" nichts negativ bewegen. Nun wissen wir aber alle, dass dem nie so ist. Tarifverträge ändern sich, Transferaufwendungen steigen, Leistungen kommen hinzu. Wir haben das gerade bei den Mehraufwendungen im Jugendhilfebereich von gut einer Million Euro erlebt.

Folglich hat die "Sparkoalition" dem Kämmerer "Kostendämpfung" verordnet. Und das erleben wir gerade, leider in einer lediglich haushalterischen Art und Weise und nicht in einer politisch strukturierten. Nur so ist erklärbar, dass der Bereich der "Ordentlichen Aufwendungen" sich von 2012 auf 2014 jährlich in fast dem gleichen Rahmen bewegt, beziehungsweise von 2011 auf 2012 sogar um knapp zwei Millionen Euro sinken soll.

Dass dieser Bereich überhaupt um diese zwei Millionen sinken *könnte*, hat seine Ursache in einer von keinerlei sozialer Ausrichtung geprägten Grundhaltung dieser Sparkoalition, der es letztlich egal ist, wer für die "schwarzen Zahlen unter'm Strich" aufkommen muss.

- Egal, ob den Bürgerinnen und Bürgern wesentliche Einrichtungen des kommunalen Zusammenlebens genommen werden wie Bädernmuseum oder Kleinschwimmhalle,
- egal, ob völlig kontraproduktiv die Seniorenberatungsstelle in einer Stadt, die diese wirklich nötig hat, eingestellt wird,
- egal, ob die Sportvereine bis an den Rand ihrer Existenzfähigkeit ausgepresst werden,
- egal, ob die Kita-Gebühren demnächst auch diejenigen treffen, die eh schon um ein menschenwürdiges Leben für ihre Familien ringen

- es wird gespart, gestrichen und erhöht, was das Zeug hält.

Fragt man nach den Ursachen für solch eine restriktive Politik, liegt die Antwort auf der Hand: Hat uns zuvor schon der „Sachverstand“ der beiden großen Fraktionen in Bund, Ländern und Gemeinden in diese Jahrhundertverschuldung gestürzt, dann hat uns deren Salzufler "Zwangsehe" jetzt eine politisch-intellektuelle Nullnummer beschert, deren Inhaltsleere und Bürgerferne kaum zu überbieten ist.

Ihre Politik ist bereits jetzt gescheitert,

- weil Sie die Nöte, Sorgen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ignorieren,
- weil Sie den Kindern und Familien statt mit offenen Armen mit sozialer Kälte begegnen,
- weil Sie die Stadt vergreisen und gleichzeitig die Alten im Regen stehen lassen,
- und weil Sie dem Entwicklungspotential dieser Stadt - in vielen Studien der letzten Monate aufgezeigt - keine Chance mehr geben.

Deshalb ist Ihre Politik bereits heute gescheitert.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.